



**FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
BÜRO BAMAKO**

MALI - INFO

NR 8 - 2006

**DAS SICHERHEITSPOLITISCHE ENGAGEMENT DER USA
IM SAHEL UND DIE MALISCHE SICHERHEITSARCHITEKTUR**

Dr. Reinhold PLATE

Inhalt

Vorwort	S. 3
I. Amerikanische Sicherheitspolitik in der Region	S. 3
II. Die malische Sicherheitsarchitektur	S. 6
III. Das Beispiel Kidal	S.10

Autor:

Dr. Reinhold PLATE

VORWORT

DIE FRIEDRICH EBERT STIFTUNG IN MALI ARBEITET SEIT GUT EINEM JAHR ZU FRAGEN DER SICHERHEITSPOLITIK DES LANDES UND HAT WEGWEISENDE STUDIEN ZU DIESER THEMATIK VERÖFFENTLICHT. SIE SIND TEILS GRUNDSÄTZLICHER NATUR, TEILS FALLSTUDIEN WIE Z. B. ZUR REGION KIDAL.

Der Fall Kidal hat gezeigt, dass die politische Landschaft in Mali von relativer Stabilität geprägt ist. Der Präsident ATT, der sich zu diesem Zeitpunkt außer Landes befand, reagierte entschlossen. Er gab den Befehl, diesen Konflikt mit Hilfe des malischen Militärs zu lösen. Anschließend gab er Order an seine Regierung, das existierende Problem per Verhandlungen friedlich beizulegen. All dies gelang ihm, ohne dass er nach Bamako zurück kehren musste. Der Vorgang zeigt deutlich, dass ATT die politische Kompetenz besitzt, prekäre innenpolitische Lagen entschlossen zu meistern und zugleich eine auf friedliche Konfliktschlichtung gerichtete Politik zu verfolgen.

I. Amerikanische Sicherheitspolitik in der Region

"The ideals that have inspired our history - freedom, democracy, and human dignity - are increasingly inspiring individuals and nations throughout the world. ... We choose leadership over isolationism, and the pursuit of free trade and open markets over protectionism. We choose to deal with challenges now rather than leaving them for future generations. We fight our enemies abroad instead of waiting for them to arrive in our country. We seek to shape the world, not merely be shaped by it; to influence events for the better instead of being at their mercy."

US-Präsident George W. Bush
Vorwort zur "National Security Strategy"
16. März 2006

Nach dem Abbruch der militärischen Intervention der USA in Somalia im Jahre 1995 schien das politische Interesse der USA an Afrika erstmals beendet. Vier Jahre später, 1999, rückte der Kontinent erneut in das Zentrum der amerikanischen Aufmerksamkeit. Präsident Clinton lud die Repräsentanten von acht regionalen Organisationen sowie zahlreiche Regierungsvertreter afrikanischer Staaten zu einer Konferenz nach Washington ein. Ziel war es, „die Partnerschaft zwischen den USA und Afrika zu stärken und politische Reformen sowie wirtschaftliche Entwicklung zu fördern“.

Im Senegal, in Uganda, Malawi, Mali, Ghana, Benin sowie in der Elfenbeinküste bildeten die US-Amerikaner von 1997 bis 2000 militärische Einheiten für den Anti-Terror-Einsatz aus. Die Einheiten hatten die Stärke eines Bataillons von bis zu 1.000 Soldaten. Das US-Außenministerium finanzierte die Ausrüstung der Bataillone. Unter anderem wurden Fahrzeuge, Nachtsichtgeräte, Fernmeldetechnologie und Minensuchgeräte geliefert. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 erweiterten die USA ihre militärischen Initiativen in Afrika.

Der 11. September erinnerte die Amerikaner an die Anschläge auf die amerikanischen Botschaften in Kenia und Tansania, die islamische Aktivisten in die Luft sprengten. Zahlreiche Landsleute kamen damals ums Leben. Präsident Bush betonte im Jahre 2003 den unbedingten Willen seines Landes, nicht zuzulassen, „dass Terroristen Afrika als Basis für ihre Bedrohung der Welt benutzen“.

Autor:

Dr. Reinhold PLATE

Nachdrücklich wird dies auch in dem Dokument von Juni 2001 der US-Regierung zur „National Security Strategy“ erwähnt. Das aktualisierte Papier der derzeitigen sicherheitspolitischen Ausrichtung der USA erschien im März 2006. Es bedient sich desselben Vokabulars wie das Dokument von 2001. Ganz oben auf der Agenda stehen: der „Krieg gegen Terrornetzwerke“, die Verhinderung des Zugangs zu Massenvernichtungswaffen durch so genannte „Schurkenstaaten“ und das wirtschaftliche Ziel: „Handelsliberalisierung“.

Betont wird die Führungsrolle der USA in einer „Gemeinschaft mit anderen Nationen“. Die tragenden Säulen des Dokumentes sind:

1. Schutz des amerikanischen Volkes; Förderung von globaler Sicherheit, Freiheit, Gerechtigkeit, menschlicher Würde und Wohlstand durch:
 - die Beendigung von „Tyranneien“;
 - die Förderung „effektiver Demokratien“;
 - den freien und fairen Handel und innovative Entwicklungsstrategien;
2. In der Führungsrolle begegnen die USA in der wachsenden Gemeinschaft von Demokratien den neuen transnationalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

mit der Verhinderung von:

- pandemischen Krankheiten;
- dem Zugang zu Massenvernichtungswaffen;
- Terrorismus;
- Menschenhandel;
- Naturkatastrophen;

Die wichtigsten Themen des Dokumentes sind:

- Der Kampf gegen die „Tyrannei“, die Förderung des Friedens (liberty) und effektiver Demokratien weltweit mit politischen, diplomatischen und anderen Mitteln (Sanktionen etc.); Engagement für die Einhaltung der Menschenrechte;
- Die Stärkung von Allianzen gegen den weltweiten, transnationalen Terrorismus und die Verhinderung von Angriffen gegen die USA und Verbündete; Kampf gegen den Terror mit militärischen und anderen nationalen Mitteln; Verhinderung des Zugangs zu Massenvernichtungswaffen für terroristische Netzwerke und „Schurkenstaaten“; Sanktionen gegen „Schurkenstaaten“; Stärkung von demokratischen Strukturen;
- Die Beilegung von regionalen Konflikten in Kooperation mit befreundeten Staaten;
- Die Verhinderung des Zugriffs zu Massenvernichtungswaffen für Feinde der USA, vor allem Nuklearwaffen; Angriff im Verteidigungsfall;
- Begegnung neuer transnationaler Herausforderungen wie Krankheiten, Drogen, Kriminalität und Umweltprobleme.

Autor:

Dr. Reinhold PLATE

1. Die „Pan Sahel Initiative (PSI)“

Zum Kampf gegen den Terrorismus auf afrikanischem Boden gründete das US. State Department Ende 2002 das Programm „Pan Sahel Initiative“ (PSI).

Die „Pan Sahel Initiative“ der Amerikaner zielt darauf, Terroristen die Aktionsbasis in den muslimisch dominierten Sahelstaaten Mauretanien, Mali, Niger und Tschad zu entziehen. Die USA gehen davon aus, dass Terroristen aus dem Nahen Osten und aus Afghanistan in den dünn besiedelten Staaten am Rande der Sahara Operationsbasen errichten könnten, da weite Gebiete dieser Länder von ihren Regierungen schwer oder gar nicht kontrollierbar sind. Ein Beispiel hierfür ist der Sudan. Dies gibt den USA Anlass, präventive Maßnahmen für den gesamten geographischen Raum der Sahelzone vorzusehen.

Die Umsetzung der PSI-Initiative erfolgt von Stuttgart/ Deutschland aus unter Leitung des US-Hauptquartiers „European Command“. Der erste Schritt war die Ausbildung von Soldaten aus Mali, Senegal, Tschad und Mauretanien zum Kampf gegen den Terrorismus und zur Verbesserung der Grenzüberwachung. Ausgewählte afrikanische Armeeeinheiten werden durch US-Spezialkräfte in der Bedienung von Waffen, in der Planung und Logistik, Kommunikation, Navigation und Patrouillenführung trainiert und mit Material ausgerüstet. Die Trainings werden regelmäßig aufgefrischt und erweitert.

Zwei Ereignisse rechtfertigten die amerikanische Präsenz und ihre Initiative zur Terrorismusbekämpfung in der Region: die Entführung europäischer Sahara-Touristen im Grenzgebiet von Algerien und Mali Anfang 2003 und die Attacke auf die Militärstation von Lemghity in Mauretanien am 4. Juni 2005! Der erste Vorfall führte zur Errichtung einer US-Armeebasis und einer Abhörzentrale in der Nähe von Tamanrasset (Algerien), auf denen 400 US-Soldaten stationiert sind. Der zweite Anschlag fand exakt zum Zeitpunkt des "größten Militärmanövers amerikanischer Truppen in Afrika seit dem II. Weltkrieg" vom 6. bis 26. Juni 2005 statt. An der „Operation Flintlock“ beteiligten sich damals rund 3000 Soldaten aus acht Ländern der Region.

Seit Jahren bilden „Special Forces“ der US-Armee in der Wüstenstadt Gao/ Mali einheimische Soldaten aus. Neben technischem Material (Waffen) erhalten die malischen Truppen amerikanische Wüstenuniformen sowie spezielles Training für den Kampf unter extremen Bedingungen. Das Training beinhaltet zudem Ausbildungsmodule für zivile Tätigkeiten, die in der Gegend um Gao und Kidal zum Einsatz kommen. Dies traf teilweise bei der einheimischen Bevölkerung auf Unverständnis. Viele Nomaden betrachteten dies als Eingriff in ihre Kultur und Tradition. Die Wirtschaftsbeziehungen der Region Gao sind stark auf Algerien ausgerichtet, insbesondere was den Schmuggel von Waren und Menschen angeht. Alle Rebellionen brachen bislang im Nordosten von Mali aus. Hier gibt es seit Jahren bewaffnete Banden, die von Überfällen und Entführungen von Menschen und Autos leben. Die amerikanische Anwesenheit sehen diese Leute, als eine Bedrohung für „ihr Business“ an.

Anfang 2004 wurde die „Pan-Sahel-Initiative“ in „Trans-Sahara Anti-Terror-Initiative (TSCTI)“ umbenannt und um die afrikanischen Staaten Algerien, Marokko, Tunesien, Senegal, Ghana und Nigeria erweitert. Die Initiative soll bei der Entwicklung der internen Sicherheitsstreitkräfte behilflich sein und die Fähigkeiten der Regierungen hinsichtlich Grenzkontrollen, Terrorismusbekämpfung und der Verhinderung illegaler Aktivitäten stärken. Die militärische Komponente von TSCTI ist die „Operation Enduring Freedom - Trans Sahara (OEF-TS) OEF-TS“.

Autor:

Dr. Reinhold PLATE

Zur Stabilisierung der militärischen Lage in Afrika ist die PSI-Initiative nur eine von mehreren Projekten der USA und des US-Außenministeriums. Gemeinsam mit einer Reihe von afrikanischen Staaten betreibt die USA neben der Pan-Sahel-Initiative die so genannte African Contingency Operations Training Assistance (ACOTA), ein Nachfolger der African Crisis Response Initiative (ACRI), die seit 1997 besteht. Die meisten Initiativen existierten bereits vor den Terroranschlägen des 11. September und wurden im Zuge des Antiterrorkampfes neu ausgerichtet und ausgeweitet. US-Präsident George W. Bush verkündete im Juni 2003 für die östlichen Staaten Afrikas die Eastern Africa Counter-terrorism Initiative (EACI), die mit einem Etat von ca. 100 Millionen Dollar ausgestattet ist. Weltweit unterhält und betreibt die USA das Programm „International Military Education und Training“ (IMET), an dem insgesamt 32 afrikanische Staaten beteiligt sind.

Bei der ACRI ging es ursprünglich um die Ausbildung von afrikanischen Einheiten für friedenserhaltende oder friedensschaffende Einsätze, etwa im Rahmen der UN. Mit Gründung der ACOTA wurde der Schwerpunkt auf den Antiterrorkampf gelegt. Seit 1997 haben die USA laut Regierungsangaben für ACRI und ACOTA mehr als 150 Millionen US-Dollar ausgegeben. Das ACOTA-Abkommen besteht mit den Staaten Benin, Elfenbeinküste, Ghana, Kenia, Malawi, Mali, Senegal und Uganda. Die beiden Programme sollen langfristig bis zu 12.000 afrikanische Soldaten aus- und weiterbilden.

Mit den Initiativen baut die USA eine eigene afrikanische Antwort auf Afrikas Probleme auf. Mit dem Ziel, nicht direkt auf das Eingreifen eigener amerikanischer Truppen angewiesen zu sein. Die ACRI-Programme unterstützen auch die Kooperation von afrikanischen Truppen untereinander.

Die Militärvereinbarungen eröffnen der US-Armee gleichzeitig einen erweiterten Handlungsspielraum in den afrikanischen Ländern. Besonderes Augenmerk der USA richtet sich auf die im Grenzgebiet von Algerien und Mali operierende Salafisten-Guerillatruppe (GSPC). Diese terroristische Gruppierung war maßgeblich an der Entführung der europäischen Sahel-Touristen Anfang 2003 beteiligt. Bereits im Frühjahr 2004 kam es mit US-Militärbeteiligung zu einer Operation gegen die GSPC, bei der circa 50 Guerillakämpfer aus dem Tschad und dem Niger getötet wurden.

Langfristige Ressourcensicherung

Seit Jahren kursiert in Mali das Gerücht, dass die Amerikaner die Region um Kidal den Maliern abkaufen wollen. Die Region ist militärisch von strategischer Bedeutung. Alle Bewegungen in der Sahara können von diesem Punkt aus kontrolliert werden. Hinter diesem Gerücht steckt ein Funken von Realität. Die Amerikaner -auch wenn sie die Region nicht kaufen-, „besetzen“ durch militärische Anlagen und Übungen, Fort- und Ausbildungsmaßnahmen malischer Soldaten zur Terrorismusbekämpfung und gemeinsamer Manöver faktisch den Norden Malis.

Diese - von vielen Maliern als imperial empfundene - Haltung der Supermacht USA verschleierte kaum noch deren wachsende Hegemonialbestrebung über das traditionelle "Interessensgebiet" Frankreichs. Vermutet wird, dass die USA an den potentiellen Erdölvorkommen in der Region größtes Interesse haben. Um diese zu sichern, sind die US-Militärstützpunkte und kooperierende Armeen in der Region notwendig.

Die Strategie der USA in Afrika zielt auf einen ungehinderten Zugang zu den Ressourcen (insbesondere dem Erdöl) des Kontinents und auf die militärische Sicherung der Verkehrswege für diese Rohstoffe. Die Risiken einer Unterbrechung der Öllieferungen durch Putsch, Piraterie, Streiks, organisierte Kriminalität und internationalen Terrorismus werden als sehr hoch eingeschätzt.

Circa 16 Prozent der amerikanischen Ölimporte kommen derzeit aus Afrika. Experten gehen davon aus, dass Afrika in der kommenden Dekade für die USA nach dem Nahen Osten die zweitwichtigste Lieferregion für Erdöl und Erdgas sein wird. Dabei ist die Sicherung der Transportwege von zentraler Bedeutung.

Autor:

Dr. Reinhold PLATE

II. DIE MALISCHE SICHERHEITSARCHITEKTUR

Von 1960 bis 1990 erlebte Mali eine innenpolitisch relativ ruhige Zeit. Seit gut 15 Jahren ist die innere Sicherheit Malis durch die Rebellion im Norden mehr als erschüttert. Zwei Ereignisse beeinflussten die Innenpolitik massiv: der Konflikt in der Westsahara in den 70er Jahren und die Rebellion in den 90er Jahren im Nordosten Malis. Die nördliche Wüste, d. h. das Band zwischen Mauretanien, Algerien, Mali bis zum Tschad über den Niger ist eine unkontrollierbare Zone geworden. Alle angrenzenden Staaten üben nur eine Teilkontrolle in diesem Gebiet aus. Somit ist nicht erstaunlich, dass sich bis heute die algerischen Islamisten oder die mauretanischen Putschisten bzw. die malischen Rebellen in dieses Gebiet zurückziehen, wenn sie Ihre Operationen planen oder durchgeführt haben.

Seit der Unterzeichnung des „Versöhnungspaktes“ zwischen der Übergangsregierung Malis und den Rebellen in den 90er Jahren gestaltete sich das Zusammenleben der Zivilgesellschaft relativ stabil. Nach den letzten Angriffen auf Kidal, Tessalit und Menaka im Mai 2006 ist die innere Sicherheit Malis in Frage gestellt.

In Mali gibt es eine Unzahl zwischenethnischer Konflikte, die teils mit Waffen ausgetragen werden. Die Kleinwaffen sind entweder nach dem Konflikt in der Westsahara nicht zerstört, oder im Rahmen des Projekts „Flamme de la Paix“ von der malischen Rebellion nicht abgegeben worden. Der Kleinwaffenhandel und deren illegaler Verkehr im Norden Malis sowie die Kultur des Waffentragens der Tuareg stellen eine permanente Bedrohung für die Sicherheit der Menschen, die Stabilität und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes dar. Diese Unsicherheit stellt eine ungeheure Herausforderung für die junge Republik Mali dar.

1. DIE HAUPTQUELLEN DER UNSICHERHEIT IN MALI SIND:

Die permanenten Konflikte zwischen und innerhalb sozialer und ethnischer Gemeinschaften; die Unruhen, Bürgerkriege und Rebellionen in einigen Nachbarländern; das grenzüberschreitende Bandenunwesen und der globale Terrorismus, das Bandenunwesen in den Städten und deren Vororten; der illegale Besitz und Handel mit Kleinwaffen sind latent; Streit um Bodenbesitz; Konflikte in der Religionsauslegung; Auseinandersetzungen um Führungsansprüche innerhalb sozialer Gruppen; Armut, Ausgrenzung, etc. Hinzu kommt Kinderhandel, Jugendkriminalität, soziale Ungerechtigkeit, private Justiz (Lynchjustiz), Verletzung einzelner und kollektiver Freiheiten, religiöse Intoleranz und die Anwesenheit militanter Islamisten in der malischen Wüste, sowie die Folgeerscheinungen des Bürgerkrieges in der Elfenbeinküste, Liberia und Sierra Leone. Dieser Kriege, Konflikte und sozialen Unruhen führen zudem zur Migration vor allem Jugendlicher und zu Drogen-, Alkohol- und illegalem Zigarettenhandel.

Mali ist ein Flächenstaat von über einer Million Quadratkilometer. D. h. das Land ist dreimal so groß wie Frankreich. Es grenzt an sieben Länder. Alle üben keine wirkliche Kontrolle über ihr gesamtes Staatsgebiet aus.

Dennoch versteht es Mali, ein Platz für relative Sicherheit, Stabilität und Frieden zu sein. Drei zentrale Dokumente umreißen die malische Sicherheitspolitik :

- der Orientierungsbrief des Präsidenten an die Regierung Malis;
- die Regierungserklärung zur Sicherheitspolitik vor der Nationalversammlung;
- das strategische Dokument zur Armutsbekämpfung in Mali.

Autor:

Dr. Reinhold PLATE

2. DER ORIENTIERUNGSBRIEF DES PRÄSIDENTEN ZU FRAGEN DER SICHERHEIT AN DIE REGIERUNG MALIS

In seinem Orientierungsbrief vom 23. Oktober 2002 beauftragte der Präsident den Premierminister, im Rahmen der Verstärkung der Staatsautorität, für die Sicherheit der Personen und deren Eigentum und für die Sicherheit der Straßen, Sorge zu tragen. Die Regierung müsse einen neuen Orientierungsrahmen erarbeiten sowie ein neues Programm für eine effektive Sicherheitsarchitektur, die der Sicherheit der Bürger den Vorrang gebe. Das könnte über Fort- und Ausbildung der staatlichen Ordnungskräfte, die Aufklärung, die Sensibilisierung sowie die Einbeziehung aller BürgerInnen geschehen. Der Zivilschutz soll - angesichts der Anfälligkeit des Landes in Sachen Naturkatastrophen - massiv verstärkt werden.

3. DIE REGIERUNGSERKLÄRUNG ZUR LAGE DER SICHERHEIT IN MALI VOR DER NATIONALVERSAMMLUNG

Gemäß dem Orientierungsbrief des Präsidenten formulierte der Premierminister seine Vorstellungen zur Sicherheitspolitik vor den Abgeordneten. Es seien eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, die darauf zielen, die operationellen Fähigkeiten der Sicherheitskräfte zu verstärken. Durch Rekrutierung, den Aufbau von neuen Infrastrukturen und die entsprechende Ausstattung sollen alle Einheiten massiv aufgerüstet werden. Die Sicherheit der Strassen zählt zu den Prioritäten der Regierung. Gleiches gilt für die Umsetzung einer nationalen Politik der Katastrophenbewältigung.

4. DER ASPEKT SICHERHEIT IM STRATEGISCHEN DOKUMENT MALIS ZUR ARMUTSBEKÄMPFUNG

Malis Strategiepapier zur Armutsbekämpfung ist das Referenzdokument für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes. Darin wird bekräftigt, ein für Investitionen und für die Entwicklung des Landes günstiges friedens- und sicherheitspolitisches Klima zu schaffen. (Schlüsselworte des Dokuments: „Stabilität, Demokratie und good governance“). In dieser Hinsicht lauten die Prioritäten: Förderung der Friedenskultur durch die Verstärkung des Dialogs zwischen den verschiedenen Konfliktparteien und Förderung der sozialen Kohäsion. Die Umsetzung erfolgt durch die Einführung der Friedenskultur in die Schulprogramme, die Betrachtung und Analyse der traditionellen Konfliktlösungsmechanismen, die Sensibilisierung der Jugend in Richtung auf die traditionellen Werte der Toleranz und der Solidarität. Der freie Verkehr der Personen und der Güter und die Laizität des Staates werden gewährleistet. Die Bekämpfung des Kleinwaffehandels soll verstärkt werden. In den Gemeinden sollen Sicherheitsorgane der Zivilgesellschaft geschaffen werden. Die Bürger sollen aufgeklärt und informiert werden; die religiöse Intoleranz und der Kinderhandel sollen zu Schwerpunktthemen der Schaffung einer Friedenskultur werden.

Autor:

Dr. Reinhold PLATE

5. RELEVANTE AKTEURE DES SICHERHEITSEKTORS MALIS

Der Sicherheitssektor Malis wird von Institutionen, Strukturen und Organen bestimmt, allerdings auch von Männern und Frauen, d. h. einzelnen Persönlichkeiten, die diese Strukturen zu handhaben verstehen. Die Institutionen sind :

- das Präsidialamt
- das Verteidigungsministerium
- das Innenministerium
- der Hohe Rat der Gebietskörperschaften
- das Justizministerium

Die Strukturen und die Organe sind :

- die Generaldirektion der Polizei
- die Generaldirektion der Gendarmerie
- die Generaldirektion für den Zivilschutz
- das Etat-Major der Nationalgarde
- etc. ...

Es gibt noch weitere Strukturen, die, wenn sie nicht zu den Sicherheitskräften zählen, im Friedens- und Sicherheitsbereich tätig sind. Z. B. sei der „nationale Ausschuss der Kleinwaffenbekämpfung“ erwähnt, der an das Präsidialamt angebunden ist und dem zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen angehören.

Die malischen Sicherheitskräfte sind gendersensitiv. Derzeit ist die Zahl der Frauen in den Sicherheitsorganen noch gering. Diese Tatsache findet ihre Erklärung in objektiven Faktoren wie der hohen Analphabetenquote unter den Frauen. Subjektive Faktoren, wie die Überzeugung, der Sicherheitssektor sei nur für Männer bestimmt, und die Verweigerung mancher Familien, ihre Töchter in die Armee zu schicken, sind weitere Gründe für die geringe Repräsentanz von Frauen in diesem Berufssektor.

5.1 Der Staatspräsident

Präsident ATT ist das Oberhaupt der Armee. Er sitzt dem Hohen Rat der nationalen Verteidigung und dem Ausschuss der nationalen Verteidigung vor. Er entscheidet, nach Beratung des Ministerrates, über den Ausnahmezustand. Er kann auf außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen zurück greifen. Er ernennt die Generaldirektoren der Sicherheitskräfte und den Präsidenten des nationalen Ausschusses zur Bekämpfung der Kleinwaffen. In den Bereichen Sicherheit und nationale Verteidigung sind viele Spezialabteilungen dem Präsidialamt unterstellt, z. B. die Nachrichtendienste, der Etat-Major des nationalen Ausschuss zur Bekämpfung der Kleinwaffen, etc. ...

5.1.1 Die Nachrichtendienste

In Mali gibt es verschiedene Nachrichtendienste: im Präsidialamt, im Verteidigungsministerium, bei der Polizei und der Gendarmerie.

Seine Aktivitäten sollen von der Nationalversammlung kontrolliert werden. Faktisch unterstehen diese Dienste dem Präsidialamt, das auch die Auswertung der Nachrichtensammlung, der Spionage, der verdeckten Operationen etc. zu verantworten hat. Detaillierte Informationen über diesen Sektor und

Autor:

Dr. Reinhold PLATE

seine sicherheitspolitischen Aktivitäten sind derzeit nicht verfügbar. Die Friedrich Ebert Stiftung hat - zum ersten Mal in der Geschichte Malis- ein grundlegendes Werk zu Sicherheitsfragen veröffentlicht.

5.1.2 Der Etat-Major (Führungsstab) des Staatspräsidenten

Der Führungsstab ist Beratungsorgan des Staatspräsidenten in Sachen Verteidigung und Sicherheit. Er bildet das Sekretariat des Hohen Rates der Verteidigung und des Ausschusses zur nationalen Verteidigung. Er bereitet die Sitzungen beide Organe vor. Er wird von einem besonderen Chef d'Etat Major geleitet, der unter den Offizieren der Armee ausgewählt wird. Dieser ist wiederum für die Sicherheit des Präsidenten zuständig. Der Chef d'État-Major Particulier und sein Stellvertreter, die Berater (Zivile wie auch Militärs) werden vom Präsidenten ernannt.

5.1.3 Der nationale Ausschuss zur Bekämpfung der Kleinwaffen

Diese ad hoc Struktur wurde vom Präsidenten gegründet. Sie soll ihn bei der Erarbeitung und der Umsetzung der nationalen Politik der Kleinwaffenbekämpfung unterstützen und beraten. Sie ist mit der Koordinierung aller staatlichen Strukturen beauftragt, die in die Kleinwaffenbekämpfung einbezogen sind. Sie darf Informationen und Erfahrungen mit anderen nationalen Ausschüssen der Region austauschen. Sie darf auch Partnerschaftsbeziehungen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene eingehen.

6. DAS MINISTERIUM FÜR INNER SICHERHEIT UND DEN ZIVILSCHUTZ

Das Ministerium setzt die nationale Politik zur inneren Sicherheit und Zivilschutz um. Es ist für die Einhaltung der Gesetze und die Sicherstellung der öffentlichen Ordnung, die Vorbereitung und die Anwendung der Vorkehrungs- und Rettungsmaßnahmen verantwortlich.

Dem malischen Gesetz zufolge gehören zu Sicherheitskräften :

- die Polizei
- die Gendarmerie
- der Zivilschutz
- die nationale Garde

Zuständige Ministerium ist das Ministerium für innere Sicherheit. Bis auf die Polizei, die seit 1993 einen zivilen Status hat, verfügen alle anderen Strukturen über einen militärischen Status. Alle Sicherheitskräfte sind mit der Sicherstellung der öffentlichen Ordnung, der Einhaltung der Gesetze und den Verwaltungsvorschriften, die Sicherung der Institutionen, öffentlichen und politischen Behörden, die Sicherung der Grenzen und der Verteidigung des nationalen Territoriums beauftragt.

6.1 Die nationale Polizei

Sie besteht aus der Generaldirektion der nationalen Polizei und sieben weiteren Abteilungen. Sie wird von einem Generaldirektor geleitet, der durch eine Ministerverordnung aus den Reihen der Generalkontrolleure der Polizei ausgewählt wird. Er ist dem Minister für Innere Sicherheit direkt verantwortlich. Er leitet, kontrolliert und koordiniert die Aktivitäten der Generaldirektion der nationalen Polizei.

Autor:

Dr. Reinhold PLATE

6.2 Die nationale Gendarmerie

Sie ist die einzige Einheit der Sicherheitskräfte, die zugleich die Aufgaben der Polizei (Einhaltung der Gesetze, öffentliche Ordnung usw.) und der Kriminalpolizei wahr nimmt. Die Gendarmerie beteiligt sich an Friedensaktionen und humanitären Hilfeleistungen sowie an der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung des Landes teil. Sie ist die einzige Einheit innerhalb der Sicherheitsarchitektur Malis, deren Kompetenz bis in die Reihen der Armee reicht. Sie ist insbesondere zuständig für die Sicherung der Provinzen, der Kommunikations- und Transportwege und der Landesgrenzen.

6.3 Die Direktion des Zivilschutzes

Ihre Kernaufgabe besteht in der Durchführung, der Koordinierung und der Kontrolle der Rettungsaktionen gemäß der nationalen Politik des Zivilschutzes. Sie wird von einem auf Vorschlag des Ministers per Verordnung nominierten Direktor geleitet. Er wird unter den Staatsbeamten der Kategorie A gemäß dem Generalstatut der Staatsbeamten ausgewählt.

Die Ausbildung der Sicherheitskräfte im Bereich Zivilschutz findet in spezialisierten Schulen der Polizei, der Gendarmerie und auch in den Fortbildungszentren der Armee statt. Die Ausbildung kann sich in der Militärschule in Koulikoro fortsetzen oder mit Praktika im Ausland ergänzt werden.

Das Budget für die Sicherheitskräfte wird von den jeweiligen Strukturen geplant. Es durchläuft die normalen Verabschiedungsprozeduren eines Budgets: Planung des Budgets und Vorlegung vor dem zuständigen Ministerium, Weiterleitung an das Finanzministerium, Einbringung in den Staatshaushalt. Der Haushalt wird in der Nationalversammlung diskutiert und dort letztlich angenommen, bevor der Präsident das Haushaltsgesetz verkündigt.

7. DAS VERTEIDIGUNGSMINISTERIUM

Die Armee in Mali ist damit beauftragt, das nationale Territorium zu verteidigen und über dessen Integrität zu wachen. Sie muss bei Bedrohung oder ausländischer Aggression das Leben der Bevölkerung schützen. Ihr kommt eine hohe Verantwortung in der Erhaltung und Konsolidierung des Friedens und der Sicherheit zu.

Das Verteidigungsministerium ist zuständig für die Vorbereitung (Erarbeitung) und die Umsetzung des Gesetzes zur Sicherheit der Nation. In Abstimmung mit dem Außenministerium ist es an den internationalen Verhandlungen zu Sicherheitsfragen beteiligt. Es ist damit beauftragt, Missionen zur Friedenssicherung und Erhaltung der Sicherheit außerhalb Malis zu organisieren.

8. PRIVATE SICHERHEITSDIENSTE

Die Revolution vom März 1991 hat das Limit der malischen Sicherheitskräfte, was die Gewährleistung der Sicherheit der BürgerInnen angeht, aufgezeigt. In diesem Kontext haben private Agenturen/Firmen, staatliche Stellen, diplomatische Vertretungen und einfache Bürger, die es sich leisten konnten, private Sicherheitsunternehmen entdeckt und mit ihnen Verträge abgeschlossen. Bisweilen ist es bei diesen (privaten) Sicherheitskräften zu Kompetenzüberschreitungen gekommen, zu deren Regelungen eine Präsidialverordnung und mehrere Durchführungsbestimmungen notwendig waren. Die neuen Akteure im Bereich privater Sicherheitsdienste sind allerdings durchaus ein Element, das bei Fragen der inneren Sicherheit in Mali zu beachten ist.

9. DIE ORGANISATIONEN DER ZIVILGESELLSCHAFT

Seit 1991 ist die Zahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Mali sprunghaft angewachsen. Es gibt inzwischen mehrere tausend NGOs und Verbände sowie über 100 politische Parteien. Die

Autor:

Dr. Reinhold PLATE

Zivilgesellschaft ist sehr aktiv in Sachen Verankerung und Konsolidierung der Demokratie, in ihrer Rolle in der Verteidigung individueller und kollektiver Freiheiten etc.. Verschiedene NGOs arbeiten im Sicherheitsbereich bzw. in der Prävention und Schlichtung von Konflikten. Sie sind teilweise in staatlichen Organen vertreten und arbeiten innerhalb internationaler Netzwerke. Ihr Einfluss ist bislang äußerst begrenzt.

10. BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEN VERSCHIEDENEN AKTEUREN DER SICHERHEITSARCHITEKTUR

Auf der Leitungsebene gibt es lose Beziehungen innerhalb der Sicherheitskräfte, die abgestimmt zusammenarbeiten. Darüber hinaus betreibt jede Struktur ihre eigene Politik, was das Moment der Koordination nicht fördert.

Zwischen den Sicherheitskräften und der Armee bestehen komplizierte hierarchisierte Beziehungen. Sie unterstehen verschiedenen Ministerien. Die Beziehung zur Zivilgesellschaft ist seit Jahren von gegenseitigem Misstrauen geprägt. Nach wie vor sieht die Zivilgesellschaft Malis mehrheitlich Sicherheitsfragen als einen ausschließlich für die Sicherheitskräfte reservierten Bereich an.

Aus diesem Grunde und in der Überzeugung, dass die Demokratie ohne eine effektive, effiziente und demokratische Kontrolle des Staates durch den Bürger nicht möglich ist, und dass Sicherheit und Sicherung eines Landes bei dem einfachen Bürger beginnt, hat Dr. Zeïni Moulaye eine Studie im Auftrag der FES zur demokratischen Kontrolle der Sicherheit in Mali verfasst. Die Studie wurde Ende 2005 veröffentlicht und im Frühjahr 2006 den malischen Behörden und der Öffentlichkeit vorgestellt. Seitdem ist Sicherheit in Mali kein Tabu-Thema mehr. Die nationale Politik sowie das 10-Jahre Punkteprogramm des Ministeriums für Sicherheit und den Zivilschutz beruht im großen Teil auf der Studie der FES, die damit einen neuen Weg in die malische Innen- und Außenpolitik eingeschlagen hat.

Die Studie steht ebenfalls in der logischen Folge der FES-Toolbox, in der die häufig aufgetretenen Konflikte und deren traditionelle Lösungsmechanismen in Mali analysiert werden. Sie dient unter anderem der Regionalorganisation zur Regelung der Flusswasserproblematik des Nigers -ABN- als Vorbild für Konfliktregelungsmechanismen im westafrikanischen Kontext.

III. ÜBERFÄLLE IN KIDAL - MALIS STABILITÄT IN GEFAHR?

Unsicherheit kennzeichnet den Nordosten von Mali. In der Stadt Kidal, an der Grenze zu Algerien, besetzten in der Nacht vom 22. Mai 2006 Rebellen zwei Militäreinrichtungen. In den Orten Menaka und Tessalit desertierten einige Soldaten zusammen mit den Bataillonskommandanten. Sie entwendeten Waffen, Munition, Fahrzeuge und Bargeld. Die malische Regierung schickte sofort Armeeverstärkung. Die Rebellen zogen sich daraufhin kampfflos aus Kidal zurück. Viele Bewohner flohen, eine befürchtete landesweite Panik blieb jedoch aus. Schon wenige Tage nach den Angriffen hatte die malische Armee die „Sicherheit“ in Kidal und Umgebung wieder hergestellt. Die Sorge, dass die gestohlenen Waffen für weitere bewaffnete Aktionen eingesetzt werden könnten, bestätigte sich nicht. Zu der Revolte bekannte sich eine Rebellengruppe unter der Führung des im März 2006 desertierten Tuareg-Armeeoberst Hassane Fagaga. Auch der bekannteste Tuareg-Führer, Iyad Ag Ghali, gilt als Mitführer der Rebellen.

Autor:

Dr. Reinhold PLATE

1. Die „erste“ und die „zweite Rebellion“

Aufstände und Auseinandersetzungen im Nordosten Malis ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des Landes. Bereits 1963/64 und in den Jahren 1990 bis 1995, der so genannten „ersten“ und „zweiten Rebellion, zettelten Tuareg-Anführer in der Region Kidal blutige Unruhen an. Sie destabilisierten die gesamte Region. Die „erste Rebellion“ wurde nach der Unabhängigkeit von dem damaligen Regime unterdrückt. Die so genannte „zweite Rebellion“ wurde unter Druck der Franzosen und Federführung von Algerien durch den Vertrag von Tamanrasset geschlichtet. Die Tuareg-Rebellen, unter Ihnen Oberst Hassane Fagaga, wurden in die malischen Streitkräfte integriert. Die kämpferischen Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen gingen jedoch weiter. Neue Verhandlungen führten schließlich am 11. April 1992 zum Abschluss des „Pacte national de paix“ zwischen der Zentralregierung und den Rebellengruppierungen MPA, FIAA, ARLA und FLPA in Bamako. Im Rahmen dieses Vertragswerkes wurden rund 3.000 frühere Rebellen in die malischen Streitkräfte und rund 300 von ihnen in die staatliche Verwaltung integriert.

2. Hintergrund der Aufstände

Weitgehend ohne Ressourcen und am Rande der Wüste gelegen, gehört der Norden Malis zu den ärmsten Regionen der Welt. In den Jahren 1971-72 und 1984-85 wurde Nord-Mali von schweren Dürren getroffen, die der Bevölkerung jegliche Lebensgrundlage entzogen. Viele Tuareg wanderten aus und fanden im libyschen Militär, in Khaddafis „islamischer Legion“, Beschäftigung. Von großzügig in Aussicht gestellten Hilfsprogramme angelockt, kehrten viele von ihnen in den 80er Jahren nach Mali zurück. Die Enttäuschung über die nicht eingelösten Versprechungen, die Forderung nach einer Verbesserung der Infrastruktur und nach einer stärkeren Einbindung in die Regierung sowie Konflikte innerhalb der Tuareg-Gesellschaft, führten schließlich zu den Aufständen. Hauptangriffsziele der Aufständischen waren staatliche Symbole wie Verwaltungsgebäude und Kasernen. Die unterschiedlichen Interessensverbände forderten unter anderem Autonomie für ihr Stammesgebiet. Die Regierung verwehrt den Tuareg den autonomen Status und zielt auf Sesshaftmachung der Nomaden. Die Rebellion von Mai dieses Jahres ist erneuter Ausdruck über die Unzufriedenheit in der Region.

3. Die Rolle Libyens

Libyen ist ein wichtiges Geberland Malis und engagiert sich im Rahmen finanzieller und technischer Zusammenarbeit. In Bamako finanziert Libyen derzeit den Bau einer „cité gouvernementale“. In Kidal hat Libyen vor einem Jahr ein Konsulat eröffnet. Es befasst sich mit der Finanzierung von Entwicklungsprojekten in den Regionen um Timbuktu, Kidal und Gao. Die Hilfe zielt auch auf Niger und Burkina Faso.

Khaddafi wünscht freie Bewegungsmöglichkeiten für „seine Brüder“, die Tuaregs, in der Region. Die verschiedenen Rebellionen im Norden Malis kamen mit Unterstützung von Khaddafi zustande. Allerdings beteuert Libyen in keinster Weise an den aktuellen Übergriffen beteiligt gewesen zu sein. Das Konsulat in Kidal diene ausschließlich dem libyschen Programm zur Entwicklung Nord-Malis. Zwei Wochen vor den Angriffen lud Khaddafi auf malischem Gebiet in Timbuktu mehrere Staatspräsidenten und Abgesandte westafrikanischer Länder zum Geburtstag des Propheten Mohammed ein. Der libysche Präsident Kaddhafi führte auch Gespräche mit Oberst Hassane Fagaga.

Autor:

Dr. Reinhold PLATE

4. Das „Abkommen von Alger“ („Accord d’Alger“)

Nach der Revolte fürchteten viele der in der Armee integrierten Tuareg Vergeltungsschläge. Diese blieben jedoch aus. Präsident Amadou Toumani Touré rief die Bevölkerung Malis mittels einer Radiosendung auf, nicht alle Tuareg pauschal zu verurteilen. Gleichzeitig versuchte er die Bevölkerung zu beruhigen. Immer wieder wird bis heute in den Medien betont, dass die malische Armee den Frieden und die Sicherheit der Bevölkerung schützen und fördern.

Unter algerischer Vermittlung und unter Federführung des malischen Innenministers Kafougouna Koné fanden schließlich in Algier Verhandlungen zwischen den Rebellen aus Kidal und der malischen Regierung statt. Diese Verhandlungen wurden am 4. Juli mit Abschluss des „Abkommens von Alger“ („Accord d’Alger“) beendet. Der Verhandlungsprozess bis zur Unterzeichnung des Abkommens fand weitgehend hinter verschlossenen Türen statt.

Das Abkommen besteht aus vier Teilen, inklusive einer Präambel. Die Präambel hebt die Einheit der Republik Mali hervor und unterstreicht den „Pacte National“ von 1992, der ein Entwicklungsprogramm für die Region Kidal, die Reinsertion der Ex-Kombattanten, die Reintegration der Deserteure vom 23. Mai und Beschäftigungsmöglichkeiten für die Jugend umfasst. Neben der Präambel beinhaltet das Abkommen drei weitere Parteien: Die erste Partie betrifft die Schaffung eines provisorischen Regionalkomitees zur Beratung und Überwachung der Umsetzung des Abkommens. Dieses soll auch mit dem Einsammeln der gestohlenen Waffen und der Munition beauftragt werden. Teil zwei des Abkommens betrifft ein ökonomisches, soziales und kulturelles Entwicklungsprogramm für die Region Kidal, wie es schon im „Pacte National“ genannt ist. Darüber hinaus sieht das Abkommen in einem dritten Teil die Schaffung von speziellen Sicherheitseinheiten außerhalb des Stadtgebietes von Kidal vor. Dies bedeutet, dass die militärischen Lager außerhalb der Stadt umgesiedelt werden sollten. Die Kasernen befinden sich derzeit mitten in der Stadt, was, beispielsweise im Falle eines Angriffes auf das Camp, sehr gefährlich ist. Die speziellen Einheiten werden damit beauftragt sein, die Teile der Region zu sichern, in die die Militärs nicht gehen können. Diese Einheiten, die man „les méharistes“ nennt, hat es in Mali immer gegeben.

5. Reaktionen der Zivilgesellschaft

Dem Abschluss des Abkommens von Alger folgte in Fernsehen, Radio und Zeitungen eine lebhaft debattierte Debatte. Vor allem die Partei RPM kritisierte das Abkommen (L’Indépendant, 13. Juli). Es sei ungerecht und unterstütze secessionistische Bewegungen. Die Partei forderte stattdessen eine Revision des „Pacte national“. Auch eine der zwei nationalen Gewerkschaften, die CSTM, sprach sich in der Tageszeitung L’Indépendant vom 14. Juli wegen seines „regionalistischen Charakters“ gegen das Abkommen aus. ADEMA und die anderen Teile des Parlaments signalisierten indessen ihre volle Unterstützung für das Abkommen (L’Indépendant, 17. Juli 2006). In der öffentlichen Meinung steht das Abkommen vor allem in der Kritik, da es als „Belohnung“ für einige Individuen betrachtet wird, die schon an der Revolte Anfang der 90er Jahre beteiligt gewesen waren.

Der malische Innenminister, General Kafougouna Koné, stellte sich am 25.7.2006 in einer öffentlichen Sitzung in Bamako den Fragen des Publikums zu dem Abkommen von Alger. Zunächst erläuterte der Minister kurz den Inhalt des Abkommens. Anschließend hatten Vertreter der Zivilgesellschaft die Möglichkeit, Fragen zu stellen sowie Kritik oder Zustimmung zu dem Abkommen zu äußern. Kritisiert wurden die Regierungsbeauftragten darin, das Abkommen ohne vorherige Einberufung einer Nationalkonferenz und ohne Einbeziehung der Zivilgesellschaft abgeschlossen zu haben.

Autor:

Dr. Reinhold PLATE

Besorgnis wurde darüber geäußert, dass sowohl das Entwicklungsprogramm für Kidal als auch das Überwachungskomitee möglicherweise erfolglos sein wird, wie es in den Jahren zuvor der Fall gewesen sei. Betont wurde zudem die Wichtigkeit eines geeigneten rechtlichen Rahmens für die Umsetzung des Abkommens und ein, dass das Entwicklungsprogramm für den gesamten Norden Malis und nicht ausschließlich für die Tuareg. Der nationale Gewerkschaftsbund CSTM wiederholte seine ablehnende Haltung hinsichtlich des Abkommens. Fragen betrafen zudem die Entschädigung für die Opfer und eine mögliche Amnestie der Rebellen.

6. Die Friedrich Ebert Stiftung zum aktuellen Geschehen in Kidal

Dem Thema „Sicherheit im Norden Malis“ widmete die Friedrich Ebert Stiftung Mali schon im November 2005 mit der Studie „*Quelle Sécurité pour le Nord? Cas Spécifique du Kidal*“ Aufmerksamkeit. Die Studie geht den historischen, ökonomischen und sozialen Ursachen der Konflikte in Kidal nach, behandelt die jeweilige Rolle der unterschiedlichen Akteure und entwirft ein alternatives Sicherheitszenario für die Region.

Die FES verfolgt und analysiert die in der malischen Öffentlichkeit ablaufende Debatte über die Vorfälle in Kidal.

Autor:

Dr. Reinhold PLATE

Autor:

Dr. Reinhold PLATE